

VANESSA GRIFO

Identitätsjurisprudenz im Internationalen Privatrecht

*Max-Planck-Institut
für ausländisches und internationales
Privatrecht*

*Studien zum ausländischen
und internationalen Privatrecht*

552

Mohr Siebeck

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

552

Herausgegeben vom
Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Privatrecht

Direktorium:
Holger Fleischer, Ralf Michaels, Anne Röhmel



Vanessa Grifo

Identitätsjurisprudenz im Internationalen Privatrecht

Eine migrationssoziologische Analyse von
Interessenkonflikten im
Internationalen Personen- und Familienrecht

Mohr Siebeck

Vanessa Grifo, geboren 1996; Studium der Rechtswissenschaft in Heidelberg und Mailand; 2020 Erste juristische Prüfung (Heidelberg); Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für ausländisches und internationales Privat- und Wirtschaftsrecht in Heidelberg; Forschungsaufenthalt am European University Institute (EUI) in Florenz; 2025 Magister Juris an der Universität Oxford (Brasenose College) und Promotion 2025 (Heidelberg); Rechtsreferendariat im Oberlandesgerichtsbezirk Köln; Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung in Bonn.
orcid.org/0009-0005-6693-4855

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) – [577986953].

Zugleich Dissertation Heidelberg 2025.

ISBN 978-3-16-200270-9 / eISBN 978-3-16-200271-6

DOI 10.1628/978-3-16-200271-6

ISSN 0720-1141 / eISSN 2568-7441

(Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <https://dnb.dnb.de> abrufbar.

Publiziert von Mohr Siebeck Tübingen 2026.

© Vanessa Grifo.

Dieses Werk ist lizenziert unter der Lizenz „Creative Commons Namensnennung – Keine Bearbeitung 4.0 International“ (CC BY-ND 4.0). Eine vollständige Version des Lizenztextes findet sich unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-nd/4.0/>.

Jede Verwendung, die nicht von der oben genannten Lizenz umfasst ist, ist ohne Zustimmung des Urhebers unzulässig und strafbar. Das Recht einer Nutzung der Inhalte dieses Werkes zum Zwecke des Text- und Data-Mining im Sinne von § 44b UrhG bleibt ausdrücklich vorbehalten.

Gedruckt auf alterungsbeständiges Papier.

Mohr Siebeck GmbH & Co. KG, Wilhelmstraße 18, 72074 Tübingen, Deutschland
www.mohrsiebeck.com, info@mohrsiebeck.com

„Just now everybody wants to talk about identity. As a keyword in contemporary politics it has taken on so many different connotations that sometimes it is obvious that people are not even talking about the same thing.

One thing at least is clear – identity only becomes an issue when it is in crisis, when something assumed to be fixed, coherent and stable is displaced by the experience of doubt and uncertainty.“

Mercer in: Rutherford (Hrsg.), *Identity: Community, Culture, Difference*, 1990, 43

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2025 von der Juristischen Fakultät der Universität Heidelberg als Dissertation angenommen. Rechtsprechung und Literatur befinden sich auf dem Stand von September 2024, die angegebenen Online-Materialien wurden zuletzt am 14. Dezember 2025 abgerufen.

Mein herzlicher Dank gilt meinem geschätzten Doktorvater, Prof. Dr. Marc-Philippe Weller, *Licencié en droit* (Montpellier). Durch seine stete und engagierte Förderung während meiner langjährigen Tätigkeit am Lehrstuhl im Studium und in der Promotion hat er maßgeblich dazu beigetragen, dass diese Arbeit entstehen konnte und ich die Promotionszeit als eine besonders prägende Phase in Erinnerung behalten werde. Ein Dank gebührt Prof. Dr. Dres. h.c. Herbert Kronke für die sorgfältige Erstellung des Zweitgutachtens und seine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Thesen meiner Arbeit. Ebenso danke ich Prof. Dr. Dr. h.c. Thomas Pfeiffer für die Übernahme des Prüfungsvorsitzes und die substanzielle Diskussion.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung, die Studienstiftung des deutschen Volkes und der Deutsche Akademische Austauschdienst haben mir die finanziellen und ideellen Möglichkeiten eröffnet, dass dieses Projekt in der vorliegenden Breite und Tiefe entstehen konnte. Insbesondere der Forschungsaufenthalt am European University Institute in Florenz hat wertvolle Impulse für den soziologischen Zugschnitt meiner Arbeit gegeben. Auch danke ich der Deutschen Forschungsgemeinschaft für die Zahlung der Drucklegung.

Danken möchte ich ferner Prof. Dr. Bettina Rentsch, LL.M. (Michigan) und Dr. Nina Benz, MJur (Oxford) für das Lesen der Arbeit, ihre klugen Anmerkungen und das Stellen der richtigen Fragen.

Mein Partner Simon Wannagat, LL.M. (Durham) und Dr. Katharina König haben mich mit ihrem akademischen Scharfsinn und ihrer unerschütterlichen emotionalen Unterstützung durch den gesamten Schreibprozess begleitet. Ebenso danke ich meinen Eltern Sabine und Giuseppe Grifo sowie meinem Bruder Fabio Grifo, die mir in entscheidenden Momenten mit Optimismus und klarem Kopf zur Seite standen und stets an mich geglaubt haben.

Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXV

Erster Teil: Migrationssoziologische Betrachtung des Internationalen Personen- und Familienrechts 1

§ 1 Untersuchungsgegenstand und Anliegen der Arbeit	1
§ 2 Gang der Untersuchung	7
§ 3 Kollisionsrechtliche Dogmatik im politischen und gesellschaftlichen Kontext	9
§ 4 Identitätsjurisprudenz als neuer Analyserahmen	27
§ 5 Analysegegenstand: Umgang mit islamisch geprägten Rechtsordnungen	45
§ 6 Ergebnisse des ersten Teils in Thesenform	60

Zweiter Teil: *Kegels* Interessenjurisprudenz im Internationalen Privatrecht 63

§ 7 <i>Kegels</i> Interessenbegriff	64
§ 8 <i>Kegels</i> Interessenlehre	81
§ 9 Ergebnisse des zweiten Teils in Thesenform	91

Dritter Teil: Identitätsjurisprudenz im Internationalen Personen- und Familienrecht 93

§ 10 Kulturelle Identitäten in Soziologie, Sozialphilosophie und im Kollisionsrecht	94
§ 11 Bedeutungswandel kultureller Identitäten im postmigrantischen Kontext	118
§ 12 Integrationsverständnis als Ergebnis der Abwägung unterschiedlicher kultureller Identitäten	153
§ 13 Ergebnisse des dritten Teils in Thesenform	219

Vierter Teil: Analyse von Rechtsprechung und Gesetzgebung im Internationalen Personen- und Familienrecht aus der Perspektive der Identitätsjurisprudenz	223
§ 14 Zusammenführung der Analysekriterien für eine Identitätsjurisprudenz	223
§ 15 Analyse von Rechtsprechung und Gesetzgebung im Verhältnis zu islamisch geprägten Rechtsordnungen	226
§ 16 Ergebnisse des vierten Teils in Thesenform	342
Schluss	347
Gesamtergebnis der Arbeit in Thesenform	349
Entscheidungsverzeichnis	357
Literaturverzeichnis	361
Materialienverzeichnis	383
Sachverzeichnis	387

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXV

Erster Teil: Migrationssoziologische Betrachtung des Internationalen Personen- und Familienrechts	1
§ 1 Untersuchungsgegenstand und Anliegen der Arbeit	1
§ 2 Gang der Untersuchung	7
§ 3 Kollisionsrechtliche Dogmatik im politischen und gesellschaftlichen Kontext	9
A. Rechtsdogmatischer Gegenstand des Kollisionsrechts	10
B. Erkenntnisgewinn einer Kontextualisierung der kollisionsrechtlichen Dogmatik	11
I. Wahl eines bestimmten Anknüpfungspunktes durch Lehre und Gesetzgeber	13
1. Geschlechtergleichstellung und Anknüpfung an den Wohnsitz des Ehemannes	13
2. Nationalstaatsbildung und Anknüpfung an die Staatsangehörigkeit	17
3. Ein- und Auswanderungsdynamiken und Wechsel des Anknüpfungspunktes	18
II. Maßstabsbildung der Gerichte im Rahmen kollisionsrechtlicher Methoden	22
1. Qualifikation	23
2. <i>Ordre public</i> -Vorbehalt	25
III. Zwischenbefund	26
C. Zwischenergebnis	27

§ 4 Identitätsjurisprudenz als neuer Analyserahmen	27
A. Soziale Eingebettetheit des Kollisionsrechts	28
I. Normative Dimension	28
II. Analytische Dimension	29
B. Forschungsstand und Einführung in die wesentlichen Begriffe	30
I. Kultur- und Identitätsverständnis	30
1. Individuelle kulturelle Identität	31
2. Kollektive kulturelle Identität	31
II. Integrationsverständnis	33
1. Migrationssoziologische Integrationstheorien	33
2. Träger der Integrationsinteressen	35
III. Othering-Tendenzen	37
1. Othering als Prozess der Fremdmachung	37
2. Prozess der Fremdmachung im Internationalen Personen- und Familienrecht	38
C. Auswahl und Auswertung des Analysematerials	39
I. Zeitraum	39
II. Themenbereiche und Kategorienbildung	40
III. Gerichte als Entscheidungsträger im Fokus	41
IV. Stichwortsuche und methodischer Ansatz	42
D. Zwischenergebnis	44
§ 5 Analysegegenstand: Umgang mit islamisch geprägten Rechtsordnungen	45
A. Postmigrantische Identitätskonflikte im Internationalen Personen- und Familienrecht	45
I. Identitätsbezug des Internationalen Personen- und Familienrechts	45
II. Moderationsfunktion des Internationalen Personen- und Familienrechts	47
B. Einführung in islamisch geprägte Rechtsordnungen und ihre Anwendung vor deutschen Gerichten	48
I. Islamisches Recht	49
1. Religiöse Normen als nicht-staatliches Recht	49
2. Religiöses staatliches Recht	50
3. Zwischenergebnis	54
II. Anwendung vor deutschen Gerichten	54
1. Autonomer deutscher Rechtsanwendungsbefehl	54
2. Unionsrechtlicher Rechtsanwendungsbefehl	55
3. Zwischenergebnis	56

C. Eingrenzung des Analysegegenstandes	56
I. Ausgrenzung des Internationalen Erbrechts	56
II. Fokus auf Deutschland	57
III. Ausgrenzung postmigrantischer Identitätskonflikte im reinen EU-Kontext	59
§ 6 Ergebnisse des ersten Teils in Thesenform	60
 Zweiter Teil: <i>Kegels</i> Interessenjurisprudenz im Internationalen Privatrecht	63
§ 7 <i>Kegels</i> Interessenbegriff	64
A. Interessen im materiellen Privatrecht bei <i>Jhering</i> und <i>Heck</i>	64
B. Originär kollisionsrechtlicher Interessenbegriff bei <i>Kegel</i>	67
I. Grundsätze des klassischen Internationalen Privatrechts	67
1. Engste Verbindung	68
2. Internationaler Entscheidungseinklang	71
3. (Wert-)Neutralität des Kollisionsrechts?	72
a) Gleichrangigkeit der Rechtsordnungen	74
b) Verhältnis von Sachrecht und Kollisionsrecht	75
c) Zwischenergebnis	78
II. Konzeption von <i>Kegels</i> Rechtsanwendungsinteressen	78
1. Abstrakter Inhalt der Interessen: Engste Verbindung und (Wert-)Neutralität	78
2. Abstrakte Trägerschaft: Internationaler Entscheidungseinklang	80
C. Zwischenergebnis	81
§ 8 <i>Kegels</i> Interessenlehre	81
A. Regelfall der privaten Rechtsanwendungsinteressen	82
I. Parteiinteressen	82
II. Verkehrsinteressen	84
III. Ordnungsinteressen	84
IV. Zwischenergebnis	85
B. Ausnahme der materiell-privatrechtlichen und staatlichen Interessen	85
I. Materiell-privatrechtliche Interessen	86
II. Staatliche Interessen	86
III. Abgrenzung zu <i>Curries</i> Lehre von den „governmental interests“	89
IV. Zwischenergebnis	91
§ 9 Ergebnisse des zweiten Teils in Thesenform	91

Dritter Teil: Identitätsjurisprudenz im Internationalen Personen- und Familienrecht	93
§ 10 Kulturelle Identitäten in Soziologie, Sozialphilosophie und im Kollisionsrecht	94
A. Die Begriffstypologie von <i>Reckwitz</i>	96
I. Enges Begriffsverständnis	96
II. Weites Begriffsverständnis: Zusammenführung von Kultur und Identität	98
1. Totalitätsorientierter Kulturbegriff bei <i>Herder</i> , <i>Taylor</i> und <i>Kymlicka</i>	98
a) Kohärentes und Homogenes Kulturverständnis	99
b) Singuläre kulturelle Zugehörigkeit des Individuums	100
2. Bedeutungsorientierter Kulturbegriff bei <i>Jullien</i>	101
a) Dynamisches Kulturverständnis	101
b) Pluralität der Zugehörigkeitskategorien des Individuums	102
III. Zwischenergebnis	103
B. Übertragung der Begriffstypologie auf das Kollisionsrecht	104
I. <i>Mancini</i> und die „Coscienza della Nazionalità“ im Kontext der Nationalstaatsbildung des 19. Jahrhunderts	104
II. <i>Jayme</i> und die „kulturelle Identität der Person“ im Migrationskontext des 20. Jahrhunderts	109
1. Bezüge zu <i>Mancinis</i> Anknüpfung an die Staatsangehörigkeit	109
2. Bezüge zu <i>Kegels</i> Rechtsanwendungsinteressen	111
3. Bezüge zu den Multikulturalismuskonzepten von <i>Taylor</i> und <i>Kymlicka</i>	112
III. <i>Muir Watt</i> und die „inter-altérité“ im postmigrantischen Kontext	113
IV. Zwischenergebnis	117
§ 11 Bedeutungswandel kultureller Identitäten im postmigrantischen Kontext	118
A. Kulturelle Identität im Kontext des Minderheitenschutzes	119
I. Diskurs im Verfassungsrecht multinationaler Staaten	119
1. Entstehung multinationaler Staaten	119
2. Anerkennung von Kollektivrechten als Ausdruck eines totalitätsorientierten Kulturbegriffs	120
II. Diskurs im Internationalen Recht	123
1. Kulturelle Identität im Völkerrecht	123
2. Kulturelle Identität im Internationalen Privatrecht	127
a) Normative Dimension	128

b) Analytische Dimension	129
III. Zwischenergebnis	129
B. Kulturelle Identität im postmigrantischen Kontext	130
I. Die postmigrantische Gesellschaft als theoretischer Erklärungsfaktor für den Bedeutungswandel kultureller Identitäten	130
1. Anerkennung	130
2. Aushandlung	132
3. Ambivalenz	134
4. Antagonisten und Allianzen	137
5. Zwischenergebnis	140
II. Postmigrantische Identitätskonflikte	141
1. Hybride individuelle kulturelle Identität des Zugewanderten als Ausdruck eines bedeutungsorientierten Kulturbegriffs	141
2. Nationale Identität des Einwanderungslandes als Ausdruck eines totalitätsorientierten Kulturbegriffs	142
a) Deutschland als „Kulturnation“ im 19. Jahrhundert	144
b) „Verfassungspatriotismus“ bei <i>Sternberger</i> und <i>Habermas</i> Ende des 20. Jahrhunderts	145
c) „Nationale Leitkultur“ im postmigrantischen Kontext	148
d) Zwischenbefund zur Konstruktion nationaler Identität	151
3. Zwischenbefund zu postmigrantischen Identitätskonflikten	151
III. Zwischenergebnis	151
§ 12 Integrationsverständnis als Ergebnis der Abwägung unterschiedlicher kultureller Identitäten	153
A. Integrationstheorien in der Migrationssoziologie	153
I. Sozialintegration durch Assimilation	154
1. <i>Chicago School</i> , <i>Gordon</i> und <i>Esser</i>	154
2. Kernaussagen	157
II. Sozialintegration durch ethnischen Pluralismus	158
1. „Politik der Differenz“ von <i>Taylor</i> als Ausgangspunkt	158
2. Kernaussagen	161
III. Zwischenergebnis	162
B. Spiegelung der Integrationsfrage im Migrationsrecht	163
I. Integration nach § 43 Abs. 1 AufenthG	163
II. Einbürgerungsanspruch nach § 10 Abs. 1 StAG	166
III. Zwischenergebnis	170
C. Spiegelung der Integrationsfrage im Internationalen Personen- und Familienrecht	170

I. Kollisionsrecht als Ausdruck einer Integration durch ethnischen Pluralismus	171
1. Verweisungsebene	171
a) Das kollisionsrechtliche Gleichheitsprinzip	172
b) Internationaler Entscheidungseinklang	175
c) Zwischenergebnis	176
2. Sachrechtsebene	176
a) Datumtheorie	177
b) Zwei-Stufen-Theorie	178
c) Zwischenergebnis	179
3. Funktionsbeschreibung des Kollisionsrechts	179
a) Rechtspluralismus	180
b) Kollisionsrecht als Instrument für den Umgang mit Rechtspluralismus	183
aa) <i>De lege lata</i>	184
bb) <i>De lege ferenda</i>	186
cc) Zwischenergebnis	190
c) Integrationsverständnis	190
4. Zwischenergebnis	191
II. Kollisionsrecht als Ausdruck einer Integration durch Assimilation	191
1. Materiellrechtliche Gleichstellung des Ausländers mit dem Inländer	191
a) Historischer Kontext der deutschen Nationalstaatsbildung . .	191
b) Postmigrantischer Kontext	193
aa) Privatrechtliche Gleichstellung des Ausländers mit dem Inländer	193
bb) Kritik in der kollisionsrechtlichen Literatur	196
cc) Zwischenbefund zur privatrechtlichen Gleichstellung des Ausländers mit dem Inländer im postmigrantischen Kontext	197
c) Zwischenergebnis	197
2. Verfassungsrechtliche Gleichstellung des Ausländers mit dem Inländer	198
a) Konstitutionalisierung des Internationalen Privatrechts . . .	198
b) Verfassungsrechtliche Überformung des kollisionsrechtlichen Gleichheitsprinzips	200
aa) Spanierbeschluss, BVerfG, Beschluss v. 4.5.1971	200
(1) Kontext der Entscheidung	200
(2) Integrationstheoretische Analyse	201
bb) Witwenrente, BVerfG, Beschluss v. 30.11.1982	204

(1) Kontext der Entscheidung	204
(2) Integrationstheoretische Analyse	205
cc) Transsexuellengesetz (TSG), BVerfG, Beschluss v. 18.7.2006	208
(1) Kontext der Entscheidung	208
(2) Integrationstheoretische Analyse	209
dd) Kinderehen, BVerfG, Beschluss v. 1.2.2023	211
(1) Kontext der Entscheidung	211
(2) Integrationstheoretische Analyse	215
c) Zwischenbefund zur verfassungsrechtlichen Gleichstellung des Ausländers mit dem Inländer	216
3. Zwischenbefund zum Kollisionsrecht als Ausdruck einer Integration durch Assimilation	217
III. Zwischenbefund zur Spiegelung der Integrationsfrage im Personen- und Familienrecht	217
D. Zwischenergebnis	218
§ 13 Ergebnisse des dritten Teils in Thesenform	219

Vierter Teil: Analyse von Rechtsprechung und Gesetzgebung im Internationalen Personen- und Familienrecht aus der Perspektive der Identitätsjurisprudenz 223

§ 14 Zusammenführung der Analysekriterien für eine Identitätsjurisprudenz	223
A. Kultur- und Identitätsverständnis	224
B. Integrationsverständnis	225
C. Othering-Tendenzen	225

§ 15 Analyse von Rechtsprechung und Gesetzgebung im Verhältnis zu islamisch geprägten Rechtsordnungen 226

A. Rechtsentwicklung in der Kategorie der Scheidung	227
I. Einführung in die Scheidungsformen nach islamischem Recht	227
1. Formen der Scheidung im Überblick	227
a) <i>Talaq</i> -Scheidung	228
b) Gesetzliche Scheidungsgründe oder sog. Loskauf (<i>Khul'</i>)	229
2. Berührungspunkte vor deutschen Gerichten	230
3. Zwischenergebnis	231
II. Migrationskontext des 20. Jahrhunderts	232
1. <i>Talaq</i> -Scheidung, OLG Stuttgart (1970)	232
a) Kontext der Entscheidung	232

b) Identitätstheoretische Analyse	234
aa) Kultur- und Identitätsverständnis	234
bb) Integrationsverständnis	236
cc) <i>Othering</i> -Tendenzen	238
2. <i>Talaq</i> -Scheidung, AG München (1980)	238
a) Kontext der Entscheidung	238
b) Identitätstheoretische Analyse	240
aa) Kultur- und Identitätsverständnis	240
bb) Integrationsverständnis	242
cc) <i>Othering</i> -Tendenzen	242
3. <i>Talaq</i> -Scheidung, OLG München (1988)	242
a) Kontext der Entscheidung	242
b) Identitätstheoretische Analyse	244
aa) Kultur- und Identitätsverständnis	244
bb) Integrationsverständnis	245
cc) <i>Othering</i> -Tendenzen	246
4. Scheidungsrecht der Ehefrau nach marokkanischem Recht, AG Dortmund (1994); OLG Hamm (1994)	246
a) Kontext der Entscheidung	246
b) Identitätstheoretische Analyse	249
aa) Kultur- und Identitätsverständnis	249
bb) Integrationsverständnis	250
cc) <i>Othering</i> -Tendenzen	251
5. Scheidungsrecht der Ehefrau nach afghanischem Recht, OLG Hamburg (2000)	251
a) Kontext der Entscheidung	251
b) Identitätstheoretische Analyse	253
aa) Kultur- und Identitätsverständnis	253
bb) Integrationsverständnis	253
cc) <i>Othering</i> -Tendenzen	253
6. Gemeinsame Tendenzen im Migrationskontext des 20. Jahrhunderts	254
a) Kultur- und Identitätsverständnis	254
b) Integrationsverständnis	255
c) <i>Othering</i> -Tendenzen	255
III. Postmigrantischer Kontext des 21. Jahrhunderts	256
1. Gesetzliche Scheidungsgründe der Ehefrau nach iranischem Recht, OLG Stuttgart (2003); AG Garmisch-Partenkirchen (2006)	256
a) Kontext der Entscheidungen	256
aa) OLG Stuttgart (2003)	256

bb) AG Garmisch-Partenkirchen (2006)	257
b) Identitätstheoretische Analyse	258
aa) Kultur- und Identitätsverständnis	258
bb) Integrationsverständnis	260
cc) <i>Othering</i> -Tendenzen	261
2. Gesetzliche Scheidungsgründe der Ehefrau nach iranischem Recht, KG Berlin (1998); BGH (2004)	261
a) Kontext der Entscheidungen	261
aa) KG Berlin (1998)	261
bb) BGH (2004)	263
b) Identitätstheoretische Analyse	264
aa) Kultur- und Identitätsverständnis	264
bb) Integrationsverständnis	265
cc) <i>Othering</i> -Tendenzen	266
3. Gesetzliche Scheidungsgründe der Ehefrau nach iranischem Recht, OLG Hamm (2013)	266
a) Kontext der Entscheidung	266
b) Identitätstheoretische Analyse	268
aa) Kultur- und Identitätsverständnis	268
bb) Integrationsverständnis	268
cc) <i>Othering</i> -Tendenzen	269
4. <i>Talaq</i> -Scheidung, „Sahyouni-Saga“	269
a) Kontext der Entscheidungen	270
aa) Präsident des OLG München (2013)	270
bb) OLG München (2015 u. 2016)	273
cc) Der deutsche Gesetzgeber, Art. 17 Abs. 2 EGBGB	273
dd) BGH (2020)	274
b) Identitätstheoretische Analyse	275
aa) Kultur- und Identitätsverständnis	275
bb) Integrationsverständnis	276
cc) <i>Othering</i> -Tendenzen	278
5. <i>Khul'</i> -Scheidung, OLG Düsseldorf (2015); <i>Khul'</i> -Scheidung, OLG Braunschweig (2022); <i>Talaq</i> -Scheidung, OLG Bremen (2023)	279
a) Kontext der Entscheidungen	279
aa) OLG Düsseldorf (2015)	279
bb) OLG Braunschweig (2022)	280
cc) OLG Bremen (2023)	281
dd) Zwischenergebnis	282
b) Identitätstheoretische Analyse	283

aa) Kultur- und Identitätsverständnis	283
bb) Integrationsverständnis	285
cc) <i>Othering</i> -Tendenzen	286
IV. Interessenwandel in der Kategorie der Scheidung	287
1. Kultur- und Identitätsverständnis	287
a) Individuelle kulturelle Identität	287
b) Kollektive kulturelle Identität	288
2. Integrationsverständnis	289
3. <i>Othering</i> -Tendenzen	290
B. Rechtsentwicklung in der Kategorie der Eheschließung	290
I. Migrationskontext des 20. Jahrhunderts	291
1. Verlöbnis, OLG Düsseldorf (1992)	291
a) Kontext der Entscheidung	291
b) Identitätstheoretische Analyse	292
aa) Kultur- und Identitätsverständnis	292
bb) Integrationsverständnis	293
cc) <i>Othering</i> -Tendenzen	293
2. Brautgabe, BGH (1987)	293
a) Kontext der Entscheidung	294
b) Identitätstheoretische Analyse	296
aa) Kultur- und Identitätsverständnis	296
bb) Integrationsverständnis	296
cc) <i>Othering</i> -Tendenzen	297
3. Mehrehe, LG Frankfurt a. M. (1976)	297
a) Kontext der Entscheidung	297
b) Identitätstheoretische Analyse	298
aa) Kultur- und Identitätsverständnis	298
bb) Integrationsverständnis	299
cc) <i>Othering</i> -Tendenzen	299
4. Minderjährigenehe, KG Berlin (1988)	300
a) Kontext der Entscheidung	300
b) Identitätstheoretische Analyse	301
aa) Kultur- und Identitätsverständnis	301
bb) Integrationsverständnis	301
cc) <i>Othering</i> -Tendenzen	301
5. Gemeinsame Tendenzen im Migrationskontext des 20. Jahrhunderts	302
a) Kultur- und Identitätsverständnis	302
b) Integrationsverständnis	302
c) <i>Othering</i> -Tendenzen	302

II. Postmigrantischer Kontext des 21. Jahrhunderts	303
1. Brautgabe, OLG Frankfurt a. M. (2019); BGH (2020)	303
a) Kontext der Entscheidung	303
b) Identitätstheoretische Analyse	304
aa) Kultur- und Identitätsverständnis	304
bb) Integrationsverständnis	305
cc) <i>Othering</i> -Tendenzen	305
2. Minderjährigenehe, AG Offenbach (2009); KG Berlin (2011)	307
a) Kontext der Entscheidungen	307
aa) AG Offenbach (2009)	307
bb) KG Berlin (2011)	308
b) Identitätstheoretische Analyse	308
aa) Kultur- und Identitätsverständnis	308
bb) Integrationsverständnis	310
cc) <i>Othering</i> -Tendenzen	310
3. Minderjährigenehe, Gesetz zur Bekämpfung von Kinderehen (2017) und Gesetz zum Schutz Minderjähriger bei Auslandsehen (2024)	310
a) Kontext der Gesetze	311
aa) Minderjährigenehe, OLG Bamberg (2016)	311
bb) Gesetz zur Bekämpfung von Kinderehen (2017)	312
cc) Gesetz zum Schutz Minderjähriger bei Auslandsehen (2024)	313
b) Identitätstheoretische Analyse	314
aa) Kultur- und Identitätsverständnis	314
bb) Integrationsverständnis	316
cc) <i>Othering</i> -Tendenzen	317
4. Mehrehe, AG Hanau (2002)	318
a) Kontext der Entscheidung	318
b) Identitätstheoretische Analyse	318
aa) Kultur- und Identitätsverständnis	318
bb) Integrationsverständnis	319
cc) <i>Othering</i> -Tendenzen	320
III. Interessenwandel in der Kategorie der Eheschließung	320
1. Kultur- und Identitätsverständnis	320
2. Integrationsverständnis	321
3. <i>Othering</i> -Tendenzen	322
C. Rechtsentwicklung in der Kategorie der Fürsorge	322
I. Migrationskontext des 20. Jahrhunderts	322
1. Adoption, <i>Kafala</i> , OLG Karlsruhe (1996)	322

a) Kontext der Entscheidung	322
b) Identitätstheoretische Analyse	324
aa) Kultur- und Identitätsverständnis	324
bb) Integrationsverständnis	325
cc) <i>Othering</i> -Tendenzen	325
2. Elterliche Sorge, OLG Saarbrücken (1992); BGH (1992)	325
a) Kontext der Entscheidungen	326
aa) OLG Saarbrücken (1992)	326
bb) BGH (1992)	327
b) Identitätstheoretische Analyse	328
aa) Kultur- und Identitätsverständnis	328
bb) Integrationsverständnis	329
cc) <i>Othering</i> -Tendenzen	329
3. Elterliche Sorge, KG Berlin (1992); BGH (1993)	330
a) Kontext der Entscheidungen	330
b) Identitätstheoretische Analyse	331
aa) Kultur- und Identitätsverständnis	331
bb) Integrationsverständnis	332
cc) <i>Othering</i> -Tendenzen	332
4. Namensrecht, AG Essen (1998); LG Essen (1998)	333
a) Kontext der Entscheidung	333
b) Identitätstheoretische Analyse	333
aa) Kultur- und Identitätsverständnis	333
bb) Integrationsverständnis	334
cc) <i>Othering</i> -Tendenzen	335
5. Gemeinsame Tendenzen im Migrationskontext des	
20. Jahrhunderts	335
a) Kultur- und Identitätsverständnis	335
b) Integrationsverständnis	335
c) <i>Othering</i> -Tendenzen	336
II. Postmigrantischer Kontext des 21. Jahrhunderts	336
1. Sorgerecht, OLG Nürnberg (2001)	336
a) Kontext der Entscheidung	336
b) Identitätstheoretische Analyse	337
aa) Kultur- und Identitätsverständnis	337
bb) Integrationsverständnis	338
cc) <i>Othering</i> -Tendenzen	338
2. Sorgerecht, OLG Koblenz (2008)	338
a) Kontext der Entscheidung	338
b) Identitätstheoretische Analyse	339

aa) Kultur- und Identitätsverständnis	339
bb) Integrationsverständnis	339
cc) <i>Othering</i> -Tendenzen	339
III. Interessenwandel in der Kategorie der Fürsorge	339
1. Kultur- und Identitätsverständnis	340
2. Integrationsverständnis	340
3. <i>Othering</i> -Tendenzen	341
D. Zwischenergebnis	341
§ 16 Ergebnisse des vierten Teils in Thesenform	342
Schluss	347
Gesamtergebnis der Arbeit in Thesenform	349
Entscheidungsverzeichnis	357
Literaturverzeichnis	361
Materialienverzeichnis	383
Sachverzeichnis	387

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	anderer Ansicht
a. F.	alte Fassung
a. M.	am Main
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AfD	Alternative für Deutschland
afghan.	afghanisch
AG	Amtsgericht
AllgIPR	Allgemeines IPR
Alt.	Alternative
ÄndG.	Änderungsgesetz
Anm.	Anmerkung
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte
ARSP	Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie
arab.	arabisch
Ast.	Antragsteller / Antragstellerin
AsylbLG	Asylbewerberleistungsgesetz
Art./Artt.	Artikel
AufenthG	Aufenthaltsgesetz
Aufl.	Auflage
BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
BayGVBl	Bayerisches Gesetz- und Ordnungsblatt
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayVerfGH	Bayerischer Verfassungsgerichtshof
Bd.	Band
BeckOK	Beck'scher Online-Kommentar
BeckRS	Beck-Rechtsprechung
Begr.	Begründer
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BpB	Bundeszentrale für politische Bildung
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BSG	Bundessozialgericht
BT-Drs.	Bundestags-Drucksache
Buff. L. Rev.	Buffalo Law Review

BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
bzw.	beziehungsweise
C. civ.	Code Civil
ca.	circa
CSPS	Code du Statut Personnel et des Successions
CSU	Christlich-Soziale Union
d.	des
d. h.	das heißt
ders.	derselbe
dies.	dieselbe
DM	Deutsche Mark
dt.	deutsch
ebd.	ebenda
EG	Europäische Gemeinschaft
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
EGV	Vertrag über die Europäische Gemeinschaft
EheG	Ehegesetz
EheGüVO	Europäische Güterrechtsverordnung
Einl.	Einleitung
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
engl.	englisch
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EU ErbVO	Europäische Erbrechtsverordnung
EUV	Vertrag über die Europäische Union
f.	folgende
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FamRÄndG	Familienrechtsänderungsgesetz
FamRB	Familien-Rechtsberater
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
ff.	folgende (akademischer Plural)
Fn.	Fußnote
FPR	Familie Partnerschaft Recht
frz.	französisch
FS	Festschrift
FZ	Forschungszentrum Migration, Integration und Asyl
geb.	geboren
gem.	gemäß
G.	Gesetz
GG	Grundgesetz
ggf.	Gegebenenfalls
GS	Gedächtnisschrift
h. M.	herrschende Meinung

Halbs.	Halbsatz
Hrsg.	Herausgeber
Hs.	Halbsatz
HWB-EuP	Handwörterbuch des Europäischen Privatrechts
i. d. F.	in der Fassung
i. d. S.	in diesem Sinne
i. S. v.	im Sinne von
i. V. m.	in Verbindung mit
Int.	International
IJVO	Internationalen Juristenvereinigung Osnabrück
IPR	Internationales Privatrecht
IPRspr	Sammlung der Entscheidungen deutscher Gerichte zum Internationalen Privat- und Verfahrensrecht
IPRax	Praxis des internationalen Privat- und Verfahrensrechts
iran.	iranisch
IZVR	Internationales Zivilprozessrecht
JhJb	Jherings Jahrbücher für die Dogmatik des Bürgerlichen Rechts
JIR	Jahrbuch des internationalen Rechts
JöR	Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart
JPIL	Journal of Private International Law
JurisPK-BGB	Juris PraxisKommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch
jurisPR-FamR	Juris PraxisReport Familien- und Erbrecht
JuS	Juristische Schulung
JW	Juristische Wochenschrift
JZ	Juristenzeitung
KG	Kammergericht
KJ	Kritische Justiz
lat.	lateinisch
LG	Landgericht
Lit.	litera
Mich J Int'l L	Michigan Journal of International Law
MittRhNotK	Mittlere Rheinische Notariatskolleg
MüKo-BGB	Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch
MüKo-FamFG	Münchener Kommentar zum Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
MSA	Haager Minderjährigenschutzabkommen
n. F.	neue Fassung
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift – Rechtsprechungs-Report
n.	numero
N.	Number
Neub.	Neubearbeitung
Nr.	Nummer
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NZFam	Neue Zeitschrift für Familienrecht
OLG	Oberlandesgericht

PSG	Personenstandsgesetz
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
Red.	Redaktion
Rn.	Randnummer
Rs.	Rechtssache
RVO	Rechtsversicherungsordnung
RW	Rechtswissenschaft
S.	Seite / Satz
SGB	Sozialgesetzbuch
sog.	so genannt
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StAG	Gesetz über die Erwerbung und den Verlust der Bundes- und Staatsangehörigkeit
StAZ	Das Ständesamt
StGB	Strafgesetzbuch
TSG	Transsexuellengesetz
u.	und
u. a.	unter anderem
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organiza- tion
Urt.	Urteil
v.	von / vom
Verf.	Verfasser/Verfasserin
VG	Verwaltungsgericht
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
Vol.	Volume
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staats- rechtslehrer
WRV	Weimarer Reichsverfassung
z. B.	zum Beispiel
ZAR	Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZfSoz	Zeitschrift für Soziologie
ZfJ	Zeitschrift für Jugendkunde
ZGB	Zivilgesetzbuch
ZJS	Zeitschrift für das Juristische Studium
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZVglRWiss	Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft
ZZPInt	Zeitschrift für Zivilprozess International, Jahrbuch des Internationalen Zivilprozessrechts

Erster Teil

Migrationssozilogische Betrachtung des Internationalen Personen- und Familienrechts

§ 1 Untersuchungsgegenstand und Anliegen der Arbeit

„Etwas geht vorbei, verbleibt, hallt nach, prägt das Hier und Jetzt noch deutlich – gleichzeitig ist zu spüren, dass es sich nicht mehr wird halten können und ein totaler Umbruch bevorstehen könnte [...]“¹

Mit diesem Szenario beschreibt die Soziologin *Naika Foroutan* die Funktion von *Post*-Theorien. Postmodern, postkolonial, postmigrantisch – man könnte zunächst meinen, das Präfix „post“ sei nur ein aktueller Sprachtrend. In der Soziologie und Sozialphilosophie steht das Präfix jedoch für verschiedene Ansätze, die einen Interessen- und Wertewandel in der Gegenwartsgesellschaft beschreiben.² Sie nehmen ihren Ausgangspunkt in der Beobachtung, dass man den „Meta-Erzählungen“ der jüngeren Vergangenheit „keinen Glauben mehr schenkt“.³

Die vorliegende Arbeit spricht von einem „postmigrantischen“ Internationalen Personen- und Familienrecht.⁴ Sie möchte damit einem Interessenwandel im Internationalen Personen- und Familienrecht des 21. Jahrhunderts im Vergleich zum letzten Drittel des 20. Jahrhunderts Rechnung tragen. Dieser Interessenwandel hat seinen Ursprung in der deutschen Migrationspolitik zu Beginn des 21. Jahrhunderts: Bis zum Jahr 2001 ging ein Großteil der Politik entgegen der empirischen Evidenz davon aus,⁵ dass die zum Teil aktiv angeworbenen „Gastar-

¹ *Foroutan*, Die postmigrantische Gesellschaft, 2021, 51.

² *Foroutan* in: Brinkmann/Uslucan (Hrsg.), Dabeisein und Dazugehören, 2013, 85, 88; hierzu schon *Grifo* in: Heindler/Melcher (Hrsg.), Die Achtung des Fremden, 2024, 29.

³ Für den Kontext der Postmoderne *Lyotard*, La Condition postmoderne. Rapport sur le savoir, 1979, 7; zur deutschen Übersetzung *Foroutan* in: Brinkmann/Uslucan (Hrsg.), Dabeisein und Dazugehören, 2013, 85, 88.

⁴ Zum Begriff des postmigrantischen IPR schon *Grifo* in: Heindler/Melcher (Hrsg.), Die Achtung des Fremden, 2024, 29 ff.

⁵ Die Politik ignorierte vielmehr die Entwicklung, dass trotz des Anwerbestopps für ausländische Arbeitskräfte im Jahr 1973 die Zahl der Ausländer in etwa konstant bei 4 Millionen Personen blieb und bis 1989 auf 4,9 Millionen anstieg, *Oltmer* in: Brinkmann/Sauer (Hrsg.),

beiter⁶ nicht dauerhaft in Deutschland bleiben, sondern wieder in ihre Heimatländer zurückkehren würden.⁷ Erst im Jahr 2001 erkannte die vom damaligen Bundesinnenminister *Otto Schily* (SPD) eingesetzte Unabhängige Kommission Zuwanderung (*Süssmuth-Kommission*) erstmals offiziell die Einwanderungsrealität an:⁸

„Deutschland ist faktisch ein Einwanderungsland. Menschen sind gekommen und geblieben. [...] Die Anerkennung der Realität ist an die Stelle von Tabus getreten.“⁹

Die Kommission löste damit das jahrzehntelang in der Migrationspolitik perpetuierte „Paradox“¹⁰ einer „Einwanderungsgesellschaft ohne Einwanderungsland“ auf.¹¹

Die politische Anerkennung der Einwanderungsrealität war rückblickend Auslöser dafür, dass Gesellschaft und Politik seitdem unter anderem die Frage nach der kulturellen Integration von Zugewanderten neu aushandeln.¹² Kulturelle Integration meint in diesem Zusammenhang die Abwägung, wie potentielle Konflikte zwischen der individuellen kulturellen Identität des Zugewanderten und der kollektiven kulturellen Identität, konkret der nationalen Identität, des Einwanderungslandes ausbalanciert werden können.¹³ Die deutsche Migrations-

Einwanderungsgesellschaft Deutschland, 2016, 51, 81; *Habermas* in: Taylor (Hrsg.), Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung, 2017, 123, 158.

⁶ Der Begriff hat sich für die rund 14 Millionen nichtdeutschen Migranten durchgesetzt, die vor allem zwischen 1955 und 1973 nach Deutschland kamen, um hier zu arbeiten, *Bendel/Borkowski* in: Brinkmann/Sauer (Hrsg.), Einwanderungsgesellschaft Deutschland, 2016, 99, 100.

⁷ Zu dieser Haltung in der Politik siehe z.B. die Antwort der Bundesregierung auf eine „Große Anfrage“ im Jahr 1984: „Die Bundesrepublik Deutschland ist trotz der in den zurückliegenden Jahrzehnten erfolgten Anwerbung ausländischer Arbeitnehmer kein Einwanderungsland“, BT-Drs. 10/2071 v. 3.10.1984, 3.

⁸ Benannt nach der Vorsitzenden der Kommission *Rita Süssmuth*, der ehemaligen Bundestagspräsidentin, *Bendel/Borkowski* in: Brinkmann/Sauer (Hrsg.), Einwanderungsgesellschaft Deutschland, 2016, 99, 102.

⁹ *Bundesministerium des Innern*, Zuwanderung gestalten Integration fördern, Bericht der Unabhängigen Kommission Zuwanderung, 4.7.2001, 2001, 1.

¹⁰ *Farahat* JöR 66 (2018), 338, 340.

¹¹ *Bade/Oltmer* in: *Bade/Lucassen/Oltmer* (Hrsg.), Enzyklopädie Migration in Europa vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart, 2008, 141, 161.

¹² *Foroutan*, Die postmigrantische Gesellschaft, 2021, 19, 23, 73; *Foroutan* in: Brinkmann/Sauer (Hrsg.), Einwanderungsgesellschaft Deutschland, 2016, 227, 240; *Spielhaus* in: Kongressdokumentation 4. Bundesfachkongress Interkultur, 2014, 96 ff.

¹³ Von der kulturellen Integration zu unterscheiden ist die strukturelle Integration, die sich auf den rechtlich-politischen Status des Zugewanderten bezieht. Sie umfasst z.B. die Frage, unter welchen Bedingungen der Zugewanderte einer Erwerbstätigkeit nachgehen oder die Staatsangehörigkeit des Einwanderungslandes erwerben kann. Sowohl die strukturelle als auch

soziologie diskutiert diese Aushandlungsprozesse um die kulturelle Integration von Zugewanderten seit den 2010er Jahren unter dem Begriff der „postmigrantischen Gesellschaft“.¹⁴ Das Präfix „post“ impliziert dabei nicht das Ende von Migration. Vielmehr handeln Politik und Gesellschaft in einer postmigrantischen Gesellschaft die Frage nach der kulturellen Integration von Zugewanderten neu aus, nachdem („post“-migrantisch) sie anerkannt haben: Migration steht „nicht für das temporäre Kommen, sondern für das langfristige Bleiben.“¹⁵

Eine analytische Stärke des Konzepts der postmigrantischen Gesellschaft liegt darin, empirisch aufzuzeigen, dass Politik und Gesellschaft die Frage nach der kulturellen Integration – insbesondere im Hinblick auf muslimische Zugewanderte – neu aushandeln.¹⁶ In diesem Aushandlungsprozess bewerten sie gerade in Abgrenzung zur kulturellen Identität muslimischer Zugewanderter Bedeutung und Inhalt der nationalen Identität des Einwanderungslandes neu.¹⁷ Im Mittelpunkt stehen Fragen wie „Wer sind wir und wer gehört zu dem Wir?“¹⁸ Diese Aushandlungsprozesse um die kulturelle Integration von Zugewanderten sowie um Bedeutung und Inhalt der nationalen Identität bezeichnet die vorliegende Arbeit als postmigrantische Identitätskonflikte.

Diese postmigrantischen Identitätskonflikte sind nicht nur ein soziologisches Phänomen, sie sind auch Gegenstand des Rechts. Gerade das Internationale Personen- und Familienrecht übernimmt dabei eine zentrale Moderationsfunktion:¹⁹ Es legt fest, welche Rechtsordnung auf die identitätssensiblen persönlichen Sta-

die kulturelle Integration werden unter dem Begriff der Sozialintegration zusammengefasst, *Schulte* ZAR 2012, 289, 291; *Wagner*, Kulturelle Integration und Grundgesetz, 2020, 39 f.

¹⁴ *Canan/Foroutan*, Deutschland postmigrantisch, 2016, 15; *Hill/Yildiz*, Postmigrantische Visionen. Erfahrungen – Ideen – Visionen, 2018; *Foroutan* in: Brinkmann/Sauer (Hrsg.), Einwanderungsgesellschaft Deutschland, 2016, 227 ff.; *Foroutan*, Die postmigrantische Gesellschaft, 2021, 227, 231; *Spielhaus* in: 4. Bundesfachkongress Interkultur Diversity 2012, 2014, 96 ff.

¹⁵ *Foroutan*, Die postmigrantische Gesellschaft, 2021, 223.

¹⁶ Die empirische Grundlage bilden zwei Datensätze, die in den Jahren 2014/15 und 2018/19 unter der Leitung von *Foroutan* an der Humboldt-Universität zu Berlin durch das Zentrum für empirische Sozialforschung erhoben und am Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung und am Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung ausgewertet wurden, *Foroutan*, Die postmigrantische Gesellschaft, 2021, 227, 231; *Spielhaus* in: Halm/Meyer (Hrsg.), Islam und die deutsche Gesellschaft, 2013, 169 ff.

¹⁷ Ausführlicher hierzu: § 11 B. I. 2., S. 132; *Foroutan* in: Brinkmann/Sauer (Hrsg.), Einwanderungsgesellschaft Deutschland, 2016, 227, 244; *Foroutan*, Die postmigrantische Gesellschaft, 2021, 13 ff., 19; *Spielhaus* in: Halm/Meyer (Hrsg.), Islam und die deutsche Gesellschaft, 2013, 169 ff.

¹⁸ *Foroutan* in: Brinkmann/Sauer (Hrsg.), Einwanderungsgesellschaft Deutschland, 2016, 227, 244.

¹⁹ Ausführlicher hierzu: § 5 A. II., S. 47.

tusverhältnisse des Zugewanderten wie Ehe, Scheidung, Abstammung oder Name Anwendung findet. Kommt dabei nicht das Recht des Einwanderungslandes, sondern eine ausländische Rechtsordnung zur Anwendung, zum Beispiel eine islamisch geprägte, kann dies die Inhalte der nationalen Identität des Einwanderungslandes herausfordern.

Die theoretische Grundlage, um abzubilden, welche Interessen die Bildung und Anwendung von Kollisionsnormen beeinflussen, ist bis heute die Interessenjurisprudenz *Gerhard Kegels* aus dem 20. Jahrhundert.²⁰ Ihr Grundgedanke besteht darin, dass für die Bildung und Anwendung von Kollisionsnormen in der Regel kollisionsrechtliche Interessen, sogenannte private Rechtsanwendungsinteressen, maßgeblich sind.²¹ Diese sind darauf gerichtet, das auf einen grenzüberschreitenden Sachverhalt anwendbare Recht zu bestimmen. Dies ist dasjenige Recht, zu dem die Person die engste Verbindung aufweist.²² Dieses Recht entspricht nach *Kegels* Interessenlehre in der Regel der Rechtsordnung des Staates, dem die Person angehört, also dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt.²³ Obgleich nicht *Kegel*, sondern *Erik Jayme* Ende des 20. Jahrhunderts den Begriff der kulturellen Identität der Person in das Internationale Privatrecht einführte, basiert *Jaymes* Begriffsverständnis der kulturellen Identität konzeptionell auf der Interessenlehre *Kegels*. Auch *Jayme* setzt die kulturelle Identität der Person in der Regel mit der Rechtsordnung gleich, mit der die Person durch ihre Staatsangehörigkeit am engsten verbunden ist.²⁴ Demgegenüber wirken nach *Kegels* In-

²⁰ Erst jüngst wieder ausdrücklich an *Kegels* Interessenjurisprudenz für das IPR im 21. Jahrhundert festhaltend *Hornung*, Internationales Privatrecht zwischen Wertneutralität und Politik, 2021, 13, 303; *Münster*, Personalstatut und gewöhnlicher Aufenthalt, 2023, 2; statt vieler *Schulze* in: Gebauer/Mansel/Schulze (Hrsg.), Liber amicorum Jayme, 2019, 183, 190; *Schurig* in: Mansel (Hrsg.), Internationales Privatrecht im 20. Jahrhundert, 2014, 5, 13. Zur Abgrenzung der Interessenjurisprudenz *Kegels* im Internationalen Privatrecht von der Interessenjurisprudenz *Hecks* im Privatrecht: § 7 A.; *Kegel* in: Gerwig/Simonius/Spiro/Süß/Wolff (Hrsg.), FS Lewald, 1953, 259 ff.; *Kegel/Schurig*, Internationales Privatrecht, 2004, 132; *Heck*, Begriffsbildung und Interessenjurisprudenz, 1932, zu *Hecks* Verständnis siehe auch *Baer*, Rechtssoziologie, 2017, § 2 Rn. 55.

²¹ *Kegel* in: Gerwig/Simonius/Spiro/Süß/Wolff (Hrsg.), FS Lewald, 1953, 259, 274 ff. In diesem Zusammenhang wird das IPR auch häufig als „Rechtsanwendungsrecht“ bezeichnet, siehe statt vieler *Junker*, IPR, 2022, § 1 Rn. 2.

²² Ausführlich zu *Kegels* Interessenlehre und dem Grundsatz der engsten Verbindung: § 7 B. I., S. 67.

²³ *Kegel/Schurig*, Internationales Privatrecht, 2004, 132.

²⁴ Zu *Jaymes* Verständnis von kultureller Identität im Verhältnis zu *Kegels* Interessenbegriff: § 10 B. II. 2., S. 111; *Jayme* IPRax 1983, 221; *Jayme* in: Cours général de droit international privé, Recueil des Cours 251 (1995), 1996, 9 ff.; *Jayme* in: ders. (Hrsg.), Kulturelle Identität und Internationales Privatrecht, 2003, 5, 9, 11; *Jayme*, Zugehörigkeit und kulturelle Identität, 2012, 10, 31.

teressenlehre sowohl der *Inhalt* der jeweiligen Rechtsordnung, d. h. das materielle Ergebnis der um die Anwendung konkurrierenden Privatrechtsordnungen und die in ihnen jeweils verkörperten Wertvorstellungen, als auch staatliche, oft als „politisch“²⁵ bezeichnete Interessen nur in begründeten Ausnahmefällen auf die Bildung und Anwendung von Kollisionsnormen ein.²⁶

Der postmigrantische Kontext des 21. Jahrhunderts – so eine zentrale These dieser Arbeit – bringt allerdings eine deutlich komplexere Interessenlage hervor, als die Interessenjurisprudenz *Kegels* abzubilden vermag. Die Arbeit schlägt deshalb vor, das Internationale Personen- und Familienrecht aus der Perspektive einer Identitätsjurisprudenz zu analysieren. Kern der hier entwickelten Identitätsjurisprudenz ist es, die von der Migrationssoziologie herausgearbeiteten Kriterien für Identitätskonflikte in postmigrantischen Gesellschaften zu extrahieren und diese in Begriffe, Konzepte und Methoden des Internationalen Privatrechts zu übersetzen. Auf diese Weise kann mithilfe des Analyserahmens der Identitätsjurisprudenz sichtbar gemacht werden, wie Rechtsprechung und Gesetzgebung im Rahmen der ihnen jeweils eingeräumten Entscheidungsmöglichkeiten und -spielräume Identitätskonflikte im postmigrantischen Kontext im Vergleich zum letzten Drittel des 20. Jahrhunderts austarieren.²⁷

Konkret analysiert diese Arbeit die Rechtsprechung und Gesetzgebung im Bereich des Internationalen Personen- und Familienrechts in Deutschland. Im Mittelpunkt steht der Umgang des deutschen autonomen Kollisionsrechts sowie, soweit einschlägig, des europäischen Kollisionsrechts mit islamisch geprägten Rechtsordnungen. Die Themenwahl begründet sich darin, dass dem Internationalen Privatrecht gerade in diesem Kontext, wie im Verlauf der Arbeit herausgearbeitet wird, eine besondere moderierende Rolle in postmigrantischen Identitätskonflikten zukommt.²⁸ Die zeitliche Perspektive der Untersuchung erstreckt sich vom Beginn der 1970er Jahre bis in das Jahr 2024, was sich aus einem Wandel in der Migrationsbewegung und -politik erklärt: Das letzte Drittel des 20. Jahrhunderts stellte eine Phase dar, in der über einen längeren Zeitraum hinweg faktisch mehr Ausländer nach Deutschland kamen als Deutsche ins Ausland gingen. Dennoch verweigerte die deutsche Politik diese Einwanderungsrealität als handlungsleitend anzuerkennen. Demgegenüber bildet die zweite Phase – die Arbeit

²⁵ Ausführlich zum Begriff der politischen Interessen *Hornung*, Internationales Privatrecht zwischen Wertneutralität und Politik, 2021, 11.

²⁶ *Kegel* in: Gerwig/Simonius/Spiro/Süß/Wolff (Hrsg.), FS Lewald, 1953, 259, 278; hierzu auch *Hornung*, Internationales Privatrecht zwischen Wertneutralität und Politik, 2021, 15; *Schulze* in: Gebauer/Mansel/Schulze (Hrsg.), *Liber amicorum Jayme*, 2019, 183, 186.

²⁷ Die jeweiligen Entscheidungsmöglichkeiten und -freiräume ergeben sich aus dem Gewaltenteilungsprinzip, konkret aus Art. 20 Abs. 3 GG, dazu kurz: § 3 B. II., S. 22.

²⁸ Ausführlicher hierzu: § 5 A., S. 45 und § 5 B., S. 48.

bezeichnet sie als „postmigrantischen Kontext“ – eine bis heute andauernde Periode, die mit der erstmaligen politischen Anerkennung Deutschlands als Einwanderungsland im Jahr 2001 ihren Ausgangspunkt nahm.²⁹ Obgleich sich vergleichbare Dynamiken postmigrantischer Identitätskonflikte auch in anderen Staaten zeigen,³⁰ nimmt die Arbeit keine rechtsvergleichende Analyse vor, sondern konzentriert sich bewusst auf die Entwicklungen des Internationalen Personen- und Familienrechts in Deutschland. Dies liegt unter anderem darin begründet, dass postmigrantische Identitätskonflikte in Deutschland in besonderer Weise sichtbar werden, wie im Verlauf der Arbeit zu zeigen sein wird.³¹

Das analytische Anliegen dieser Arbeit besteht darin, abzubilden, wie die kollisionsrechtliche Dogmatik den jeweiligen gesellschaftlichen und politischen Kontext verarbeitet und welche Interessen bei der Bildung und Anwendung von Kollisionsnormen tatsächlich geschützt werden. Mithilfe des in dieser Arbeit entwickelten Analyserahmens der Identitätsjurisprudenz wird anhand der Auswertung von Rechtsprechung sowie einzelner gesetzgeberischer Entwicklungen sichtbar gemacht, dass sich im Internationalen Personen- und Familienrecht des 21. Jahrhunderts ein Interessenwandel vollzieht, der eng mit einem Interessenwandel im migrationspolitischen Diskurs seit Beginn des 21. Jahrhunderts zusammenhängt. Konkret zeigt sich dieser Interessenwandel darin, dass Rechtsprechung und Gesetzgeber im 21. Jahrhundert ein anderes Verständnis von kultureller Identität und Integration in der kollisionsrechtlichen Dogmatik verarbeiten. Sie setzen die individuelle kulturelle Identität des Zugewanderten nicht mehr automatisch mit seiner Heimatrechtsordnung gleich und formulieren zugleich die nationale Identität des Einwanderungslandes neu aus. Dabei verarbeiten Rechtsprechung und Gesetzgeber ein assimilationsorientiertes Integrationsverständnis in der kollisionsrechtlichen Dogmatik, wenn sie postmigrantische Identitätskonflikte zunehmend zugunsten der nationalen Identität des Einwanderungslandes entscheiden.³² Sie entfernen sich damit von dem pluralistischen Integrationsverständnis, auf dem *Kegels* Interessenlehre beruht und das die Rechtsprechung im 20. Jahrhundert noch prägte.

Das normative Anliegen dieser Arbeit besteht darin, diesen Bedeutungswandel des Identitäts- und Integrationsverständnisses kritisch zu reflektieren und aufzuzeigen, wie das Internationale Personen- und Familienrecht betrachtet werden muss – nämlich durch die Linse der Identitätsjurisprudenz –, um systematisch offenzulegen, welche Interessen hinter der kollisionsrechtlichen Dogmatik ste-

²⁹ Ausführlicher zum Zeitraum und zur Auswahl und Auswertung der Gerichtsentscheidungen und Gesetzgebungsakte: § 4 C., S. 39.

³⁰ Im Einzelnen hierzu: § 5 C. II., S. 57.

³¹ Ausführlicher hierzu: § 5 C. II., S. 57, III. S. 59, § 11 B. II. 2., S. 141.

³² Ausführlicher zum Begriff der nationalen Identität: § 11 B. II. 2., S. 141.

hen und in welchem Maße diese vom jeweiligen gesellschaftspolitischen Kontext beeinflusst wird. Damit widerlegt die Arbeit zugleich punktuell das apolitische Verständnis des Kollisionsrechts, das ihm die kollisionsrechtliche Literatur teilweise unterstellt.³³

§ 2 Gang der Untersuchung

Die Arbeit gliedert sich in vier Hauptteile, die wiederum in mehrere Abschnitte „§“ unterteilt sind. Im ersten Teil (§ 1–§ 6, S. 1–62) wird nach der Einführung in den Untersuchungsgegenstand und das Anliegen der Arbeit (§ 1, S. 1–7) der Gang der Untersuchung dargestellt (§ 2, S. 7–9). Sodann wird begründet, warum sich die Arbeit nicht auf den dogmatischen Gegenstand des Internationalen Personen- und Familienrechts beschränken möchte. Sie hält es vielmehr für erkenntnisversprechend, die kollisionsrechtliche Dogmatik in einer Gesamtschau mit ihrem politischen und gesellschaftlichen Kontext in den Blick zu nehmen (§ 3, S. 9–27). Um dieses Vorhaben für den migrationspolitischen Kontext des 21. Jahrhunderts zu realisieren, entwickelt die Arbeit mit der Identitätsjurisprudenz einen theoretischen Rahmen für die Analyse von Rechtsprechung und Gesetzgebung im Internationalen Personen- und Familienrecht. Daneben wird eine Themeneingrenzung vorgenommen sowie der Zeitraum und das Material der Rechtsanalyse dargestellt und begründet (§ 4, S. 27–45). Anschließend wird in den Analysegegenstand, den Umgang deutscher Gerichte mit islamisch geprägten Rechtsordnungen, eingeführt (§ 5, S. 45–60). Den Abschluss bildet eine thesenartige Darstellung der Ergebnisse (§ 6, S. 60–62).

Im zweiten Teil (§ 7–§ 9, S. 63–92) widmet sich die Arbeit der Interessenjurisprudenz *Kegels*, die in der deutschen kollisionsrechtlichen Literatur bis heute als theoretischer Rahmen des dogmatischen Internationalen Privatrechts anerkannt ist. Sie arbeitet heraus, dass sich der Interessenbegriff *Kegels* eng an die Grundsätze des klassischen Internationalen Privatrechts anlehnt, wie sie Mitte des 19. Jahrhunderts maßgeblich von *Friedrich Carl von Savigny* geprägt wurden (§ 7, S. 64–81). Sodann setzt sich die Arbeit kritisch mit der Frage auseinander, wann bestimmte Interessen nach den Maßstäben *Kegels* als politische Interessen zu qualifizieren sind, die mit den Grundsätzen des klassischen Internationalen Privatrechts nicht mehr vereinbar sind (§ 8, S. 81–91). Den Abschluss bildet eine thesenartige Darstellung der Ergebnisse (§ 9, S. 91–92).

Im dritten Teil (§ 10–§ 13, S. 93–222) entwickelt die Arbeit die im ersten Teil vorgestellten Analyse Kriterien der Identitätsjurisprudenz. Anhand dieser Kriteri-

³³ Ausführlicher hierzu: § 3 B., S. 11 und § 7 B. I. 3., S. 72.

en wird sie im vierten Teil untersuchen, wie Rechtsprechung und Gesetzgebung Identitätskonflikte im postmigrantischen Kontext des 21. Jahrhunderts im Vergleich zum letzten Drittel des 20. Jahrhunderts austarieren. Dazu stellt sie im dritten Teil zunächst die für den Migrationskontext relevanten soziologischen Begriffskonzepte individueller und kollektiver kultureller Identität vor und zeigt dabei auf, wie „Kultur“ und „Identität“ zusammenhängen bzw. im Begriffspaar „kulturelle Identität“ zusammentreffen. Sie untersucht, wie das Internationale Personen- und Familienrecht diese soziologischen Identitätskonzepte mit seinen eigenen Begriffen verarbeitet (§ 10, S. 94–118).

Sodann arbeitet die Untersuchung einen Bedeutungswandel des Begriffs der kulturellen Identität in jüngerer Zeit heraus: Sowohl die Sozialphilosophie als auch das Völker- und Verfassungsrecht haben im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts mit dem Begriff der kulturellen Identität ein homogenes Kollektiv mit bestimmten identitätsstiftenden Merkmalen assoziiert. Dieses Verständnis hat – wie zu zeigen sein wird – seinen Ursprung im Minderheitenschutz. In diesen politischen und sozialphilosophischen Kontext ist auch *Jaymes* Begriffsverständnis kultureller Identität für das Internationale Privatrecht zu verstehen (§ 11 A., S. 119–130). Im postmigrantischen Kontext des 21. Jahrhunderts erhalten kulturelle Identitäten zwei neue Träger, was sich mit dem Arbeitsbegriff der postmigrantischen Identitätskonflikte abbilden lässt: Auf der einen Seite steht die individuelle kulturelle Identität des Zugewanderten, die zunehmend hybrid gelesen wird. Sie lässt sich nicht einem homogen verstandenen Kollektiv, z. B. einem Nationalstaat oder einer Religionsgemeinschaft, zuordnen. Auf der anderen Seite steht die kollektive kulturelle Identität, konkret die nationale Identität, des Einwanderungslandes. Bei der Konstruktion und Formulierung der nationalen Identität beobachtet die Migrationssoziologie einen gegenläufigen Trend: Insbesondere Teile der Politik verstehen unter kultureller Identität – wie im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts – wieder ein homogen gelesenes Kollektiv, das sie mit bestimmten identitätsstiftenden Merkmalen assoziieren. Dies bedeutet, sie verstehen die nationale Identität nicht hybrid (§ 11 B., S. 130–152).

Anschließend stellt die Arbeit den Zusammenhang zwischen Identitätskonflikten und kultureller Integration heraus: Ob Identitätskonflikte eher zugunsten der individuellen kulturellen Identität des Zugewanderten oder der kollektiven kulturellen Identität des Einwanderungslandes entschieden werden, gibt Aufschluss über das einer Gesellschaft zugrunde liegende Integrationsverständnis. Um diesen Abwägungsprozess im Recht besser abbilden zu können, führt die Arbeit in zwei gegenläufige soziologische Grundtheorien der Integration ein: Integration durch Assimilation und Integration durch ethnischen Pluralismus. Da das Internationale Privatrecht integrationssoziologische Fragen in der Regel nicht direkt aufgreift, sondern eher subtil behandelt, zeigt die Arbeit zunächst am Beispiel

des öffentlichen Migrationsrechts, wie die soziologischen Integrationstheorien in das Recht übersetzt werden können. Sodann untersucht sie, wie das Internationale Personen- und Familienrecht die soziologischen Integrationstheorien mit seinen eigenen Begriffen, Konzepten und Methoden verarbeitet (§ 12, S. 153–218). Die im dritten Teil der Arbeit vorgenommene Übersetzungsleistung ermöglicht es, die soziologischen und sozialphilosophischen Kriterien für die Analyse von Rechtsprechung und Gesetzgebung im vierten Teil zu operationalisieren. Den Abschluss bildet eine thesenartige Darstellung der Ergebnisse (§ 13, S. 219–222).

Im vierten Teil (§ 14–§ 16, S. 223–345) liegt der Schwerpunkt auf einer Analyse der Rechtsprechung im Internationalen Personen- und Familienrecht im Verhältnis zu islamisch geprägten Rechtsordnungen. Dabei gliedert die Arbeit die Analyse in die Kategorien Scheidung, Ehe und Fürsorge und vergleicht in jeder Kategorie Entscheidungen aus dem letzten Drittel des 20. Jahrhunderts mit solchen aus dem postmigrantischen Kontext des 21. Jahrhunderts. Darüber hinaus analysiert die Arbeit auch einzelne Gesetzgebungsakte, sofern sie den Entscheidungsspielraum der Rechtsprechung in einer Weise einschränken, die den Gerichten keinen Raum mehr für eine einzelfallbezogene Abwägung unterschiedlicher kultureller Identitäten lässt. Dies ist insbesondere der Fall, wenn der Gesetzgeber bereits bei der Bildung der Kollisionsnorm im Rahmen seiner generalisierten Abwägung einer kulturellen Identität eindeutig den Vorrang eingeräumt hat.³⁴ Für diese rechtliche Analyse werden zu Beginn des vierten Teils zunächst die Analysekriterien zusammengeführt, die die Arbeit bereits im ersten Teil vorgestellt und im dritten Teil in die Dogmatik des Kollisionsrechts übersetzt hat (§ 14, S. 223–226). Anhand dieser Kriterien erfolgt eine Analyse der kollisionsrechtlichen Rechtsprechung und einzelner Gesetzgebungsakte (§ 15, S. 226–342). Den Abschluss bildet eine thesenartige Darstellung der Ergebnisse des vierten Teils (§ 16, S. 342–345). Die Untersuchung endet mit einer Schlussbetrachtung (S. 347–348) und einer Zusammenfassung der Arbeit in Thesenform (S. 349–355).

§ 3 Kollisionsrechtliche Dogmatik im politischen und gesellschaftlichen Kontext

Im Folgenden wird dargelegt, weshalb die Arbeit das Internationale Personen- und Familienrecht nicht rein rechtsdogmatisch betrachtet (A.), sondern die kollisionsrechtliche Dogmatik in ihren politischen und gesellschaftlichen Kontext stellt (B.).

³⁴ Hierzu ausführlicher unter: § 4 C. III., S. 41.

A. Rechtsdogmatischer Gegenstand des Kollisionsrechts

Aus rechtsdogmatischer Perspektive bestimmt das Internationale Personen- und Familienrecht das anwendbare Recht in grenzüberschreitenden persönlichen Nähe- und Fürsorgeverhältnissen.³⁵ Dazu zählen unter anderem die Bereiche der Ehe, Partnerschaft, Scheidung, Abstammung, elterliche Sorge sowie Namensführung.³⁶ Das Internationale Privatrecht folgt dabei einer privatrechtlichen Dogmatik.³⁷ Es bestimmt, welche privatrechtliche Sachnorm auf einen grenzüberschreitenden Sachverhalt anzuwenden ist und regelt damit die Rechtsbeziehungen von Privatpersonen.³⁸ Dabei wirken die Rechtssätze des Internationalen Privatrechts nicht nur innerhalb eines nationalen Privatrechts, sondern koordinieren die Anwendung mehrerer in Betracht kommender Privatrechtsordnungen.³⁹ Zu diesem Zweck ordnet das Internationale Privatrecht einen Sachverhalt nach der Verweisungsmethode einer Rechtsordnung zu.⁴⁰ Innerhalb der Verweisungsmethode hält es verschiedene Instrumente bereit, die die Zuordnung gleichermaßen ermöglichen und korrigieren (z. B. Qualifikation, Vorfragenanknüpfung, Anpassung, *ordre public*-Vorbehalt).⁴¹ Diese Funktionsweise des Internationalen Privatrechts hat ihm den Ruf eines eher „technische[n] Recht[s]“⁴² eingebracht.

In der kollisionsrechtlichen Literatur dient diese technische Funktionsweise, insbesondere die Verweisungsmethode, bis heute als Argument, um die Neutralität oder Universalität des Kollisionsrechts zu begründen. So argumentierte etwa

³⁵ Zur Differenzierung zwischen Nähe- und Fürsorgeverhältnissen schon *Dutta* JZ 2021, 321, 322.

³⁶ *Dutta/Aiwanger* in: Bosch/Gaul/Dethloff (Hrsg.), Schriften zum deutschen, europäischen und vergleichenden Zivil-, Handels- und Prozessrecht, 2023, 9 Rn. 15.

³⁷ Diese Annahme war historisch betrachtet nicht immer selbstverständlich; noch bei Inkrafttreten des EGBGB im Jahr 1900 war umstritten, ob das Internationale Privatrecht dem Völkerrecht und damit dem öffentlichen Recht oder dem Privatrecht zuzuordnen sei, hierzu *Mansel* in: Auer/Grigoleit/Hager/Herresthal/Hey/Keller/Langenbucher/Neuner/Petersen/Riehm/Singer (Hrsg.), FS Canaris, 2017, 739, 745.

³⁸ *Mansel* in: Auer/Grigoleit/Hager/Herresthal/Hey/Keller/Langenbucher/Neuner/Petersen/Riehm/Singer (Hrsg.), FS Canaris, 2017, 739, 745.

³⁹ Zur Koordinationsfunktion des IPR *Kronke* in: Kube/Mellinghoff/Morgenthaler/Palm/Puhl/Seiler (Hrsg.), Leitgedanken des Rechts, Kirchhof zum 70. Geburtstag, 2013, § 120 Rn. 15.

⁴⁰ *Mansel* in: Auer/Grigoleit/Hager/Herresthal/Hey/Keller/Langenbucher/Neuner/Petersen/Riehm/Singer (Hrsg.), FS Canaris, 2017, 739, 746 ff.

⁴¹ *Mansel* in: Auer/Grigoleit/Hager/Herresthal/Hey/Keller/Langenbucher/Neuner/Petersen/Riehm/Singer (Hrsg.), FS Canaris, 2017, 739, 767 ff.

⁴² *Heiderhoff* in: Buchholtz/Croon-Gestefeld/Kerkemeyer (Hrsg.), Integratives Recht, 2021, 131 f.; kritisch hierzu *Michaels* in: Muir Watt/Fernández Arroyo (Hrsg.), Private International Law and Global Governance, 2014, 55 ff.; *Muir Watt* in: Cours général de droit international privé, Recueil des Cours 389 (2017), 2018, 25, 35.

Sachverzeichnis

Abstammung

- Abstammungsstatut 4, 40, 315, 319
- Kulturation 58, 143 ff., 152
- nationale Zugehörigkeit 58, 145
- Personalstatut 14, 53, 55, 57, 87, 108, 116, 128

afghanisches Recht 251 ff.

alter ego 341, 345, 355

Anerkennung

- Einwanderungsland 2 ff., 34, 39, 58, 87, 102, 111
- postmigrantische Gesellschaft, siehe postmigrantisch

Anknüpfung an den Wohnsitz 13 ff., 87 f., 117 f., 174, 192 ff., 257 f., 308, 319, 339

Ausländerrecht 133

Brautgabe 40 ff., 229 f., 290, 293 ff., 300, 303 ff.

Datumtheorie 171, 177 ff., 241 ff.

Eheschließung

- Ehemündigkeit 40, 48, 60, 215, 307 ff., 317 f.
- Eheschließungsfreiheit 203
- Eheschließungsstatut 201, 298
- Interessenwandel 302 ff.

EMRK 128

engste Verbindung 4, 68, 78, 91

Europäische Union

- Anerkennung 59 f.
- postmigrantische Identitätskonflikte 59 f.
- Rom III-VO 21, 55 f., 128, 187, 231, 269 ff., 276 ff., 283 ff.
- unionsrechtlicher Rechtsanwendungsbefehl 55 f.

Frankreich 51, 58, 144, 152

Fürsorge

- Interessenwandel 339 ff.
- *Kafala* 40 f., 322 ff.
- Name 4, 10, 22, 41, 46, 57, 82, 128, 333 ff.

Gastarbeiter 19 ff., 35 f., 80, 82 ff., 130 ff., 238

Geschlechtergleichstellung

- Mannesrecht 15 f., 199
- Schaeffner, Wilhelm 13
- Verfassung, siehe Konstitutionalisierung des IPR
- Wächter, Georg von 13

Gleichrangigkeit der Rechtsordnungen 74, 77, 236, 285 f.

governmental interests 89, 91 f.

hybride kulturelle Identität 101 ff., 117, 141 f., 221, 224, 250, 269, 275, 288, 292, 308, 316, 339

Identitätsjurisprudenz

- analytische Dimension 3, 6, 28, 29 ff.
- Analyserahmen 5 ff., 27 ff., 44, 348
- Analyse Kriterien 43, 61, 223 ff., 350
- Identitätsverständnis 30 f., 224
- Integrationsverständnis 33 ff., 153 ff., 170, 225
- normative Dimension 6, 28 f.
- Othering-Tendenzen 37 ff., 44, 61, 75, 108, 135, 225 f.

individuelle kulturelle Identität, siehe kulturelle Identität

Integration

- Abwägung kultureller Identitäten 2, 153 ff.
- Chicago School 154 f.

- Esser, Hartmut 154 f.
- Gordon, Milton M. 154 ff.
- Integrationstheorien 9, 29, 33, 153 ff., 163, 174, 180, 217, 236, 255, 276, 296
- kulturelle Integration 2, 3, 60, 349
- Park, Robert E. 111, 154
- Sozialintegration durch Assimilation 32, 138, 143 ff., 178 ff.
- Sozialintegration durch ethnischen Pluralismus 34, 154 ff.
- Träger der Integrationsinteressen 35 f.
- inter-altérité* 104, 113, 117, 186, 219, 351
- Interessenjurisprudenz
 - abstrakter Inhalt 78
 - abstrakte Trägerschaft 80
 - Heck, Philipp 64 ff., 349
 - Interessenbegriff 7, 64 ff.
 - Interessenlehre 4 ff., 35, 43, 60 f., 63 ff., 67, 81 ff.
 - Jhering, Rudolf v. 64 f., 91, 349
 - Kegel, Gerhard 4 ff., 28, 35, 63 ff.
 - Ordnungsinteressen 81, 84 ff.
 - Parteiinteresse 42, 82 ff., 129, 265, 276, 288, 302, 309, 329, 331, 333, 335 f., 344, 354
 - politische Interessen 36, 81, 85, 86
 - private Rechtsanwendungsinteressen 4, 78, 85, 91, 196
 - Verkehrsinteressen 84 f., 87
 - Wertungsjurisprudenz 66, 67
- Interessenwandel 1, 6, 110, 227, 287, 290, 320, 339, 340, 342 f., 348, 349, 353
- Internationales Erbrecht 45, 52 f., 56
- Internationaler Entscheidungseinklang 71, 80 ff., 175 f., 203 f., 210, 251, 264 ff., 285 f., 353
- islamisch geprägte Rechtsordnungen
 - Iran 52 f., 228 ff., 242 ff., 254, 256 ff., 278 ff., 326 ff., 340 ff.
 - islamisches Recht 42, 49 ff.
 - Muslime 37, 46, 49, 53, 134 ff., 226, 238, 298, 333
 - Saudi-Arabien 51 ff.
 - Syrien 47 f., 50, 53, 168, 211 f., 230, 270 f., 276, 278, 311
 - Tunesien 50 ff., 131, 228, 231
- Italien
 - *coscienza della nazionalità* 104 ff., 351
 - *il principio di nazionalità* 106
 - *il risorgimento* 106, 351
 - Mancini, Pasquale Stanislao, siehe nationale Identität
- Jayme, Erik 4, 8, 31, 109 ff., 123 ff., 176 ff., 219 f., 224, 235, 242, 244, 249, 253, 265, 325, 328, 331 ff., 343, 351
- Kahn, Franz 69 f., 76
- Kinderehe 41 f., 200, 207, 211 ff., 223, 226, 290, 310 ff.
- kollisionsrechtliches Gleichheitsprinzip
 - 171 ff., 190 ff., 200 ff., 206 ff., 215 ff., 221 ff., 237, 255, 297, 299, 302, 316, 329, 344, 352 f.
- Konstitutionalisierung des Internationalen Privatrechts
 - Entscheidungsspielraum 22, 41, 223, 313, 322
 - Kinderehengesetz, siehe Kinderehe
 - Lüth-Entscheidung 198 f.
 - Spanierbeschluss 14 ff., 200 ff.
 - Transsexuellengesetz 200, 208, 210
 - Witwenrentenentscheidung 200 ff., 204 ff., 212
 - wohlverworbene Rechte 206
- Koran 49 ff., 263, 323
- Kultur
 - bedeutungsorientierter Kulturbegriff 98 ff., 101
 - differenzierungstheoretischer Kulturbegriff 96 f.
 - Herder, Gottfried 98 ff.
 - Jullien, François 98, 101 ff., 114 ff., 220
 - Kulturbegriff 95 ff., 118 ff.
 - Kymlicka, Will 32, 98 ff., 109 ff., 119 ff., 224
 - Multikulturalismus 54, 97 ff., 103, 109, 112 f., 119 ff., 121, 136, 152, 158, 161 f., 224, 253, 299, 325, 351
 - Reckwitz, Andreas 96 ff., 110, 117, 141 ff., 219, 224, 350
 - Taylor, Charles 98 ff., 109, 112 f., 117
 - totalitätsorientierter Kulturbegriff 96 ff., 109 ff., 117 f., 120, 123, 142 f., 148, 151 f., 158, 165, 219, 224, 234 f., 240 f., 244 f., 249 f., 253 f., 260, 268, 283, 292, 298 f.,

- 301 f., 304, 309, 316, 318, 320 f., 324 f., 328, 331, 333, 335, 337, 340, 343 f., 351 ff.
- Zugehörigkeitskategorien 103, 115, 117 f., 136, 351
- kulturelle Identität
 - individuelle kulturelle Identität 2, 6, 8, 30 f., 45, 59, 61, 103 f., 111 f., 142 f., 151 f., 153, 161, 168, 218 ff., 224 f., 234 f., 240 ff., 249, 253 f., 261, 264 ff., 287, 314, 317, 324, 328 f., 339, 342 ff.
 - kollektive kulturelle Identität 8, 31 ff., 59, 100, 142, 151, 218 f., 236, 240, 245, 255, 288, 301 f.
- marokkanisches Recht 247, 325
- Mehrehe 40, 42, 112, 153, 163, 166 ff., 207, 221, 290, 297 ff., 315, 318 ff.
- Meta-Recht 11
- Migrationspolitik 1 ff., 21, 28, 41, 61, 136, 141, 150 f., 220
- Migrationsrecht 8, 124, 142, 151, 158 ff., 180, 185, 204, 208, 211, 304, 330 ff.
- Migrationssoziologie 5 ff., 29 f., 33, 59 ff., 93, 141, 151, 153, 156, 158, 160, 162, 218, 220 f., 305, 316, 332, 342
- Minderheitenschutz 8, 32, 118 f., 123 f., 127 ff., 141, 142, 158, 161, 220, 224, 244, 254, 343, 351 f.
- Minderjährigenehe, siehe Kinderehe
- Moderationsfunktion 3, 5, 45, 47
- Name, siehe Fürsorge
- nationale Identität 6, 8, 31 ff., 59, 118, 142 ff., 151 ff., 218, 224, 288, 301, 304 f., 319 f., 337, 340 ff., 347
 - *backlash* 151
 - Habermas, Jürgen 58, 143 ff.
 - kollektive kulturelle Identität, siehe kulturelle Identität
 - Kollektivrechte 118, 120, 129
 - Kulturnation 58, 143 ff., 152
 - (nationale) Leitkultur 136, 143, 148 ff.
 - Maffesoli, Michel 110 ff.
 - Mancini, Pasquale Stanislaw 104 ff., 117, 219, 224, 235, 351
 - Mansel, Heinz-Peter 21 f., 26, 38, 179, 196, 304
 - Sonderbewusstsein 58 f.
 - Verfassungspatriotismus siehe Verfassungspatriotismus
- Nationalstaatsbildung
 - *coscienza della nazionalità*, siehe Italien
 - Gebhard, Albert 18 f., 107
 - *il risorgimento*, siehe Italien
 - Mancini, Pasquale Stanislaw, siehe nationale Identität
 - Staatsangehörigkeit, siehe Staatsangehörigkeit
- ordre public* 10, 13, 23, 25 ff., 44, 76 ff., 86 f., 129, 188, 195, 201 ff., 207 ff., 211, 216, 226, 233 ff., 240 ff., 258 ff., 267 ff., 273 ff., 281 ff., 289 ff., 312, 315 ff., 341 ff.
- Othering*
 - den Anderen 37 f., 226, 306, 310, 342, 353
 - Fremdmachung 30, 37 f., 109, 135, 255, 261, 306, 339, 341, 353
 - Heimwärtsstreben 38 f., 226, 238, 246, 318, 342
 - Said, Edward 37
- patriarchal 79, 112, 224, 249, 254, 332, 334, 343
- postmigrantisch
 - Ambivalenzen 130, 134, 137, 140
 - Anerkennung 2, 6, 39, 130 ff.
 - Antagonisten und Allianzen 137 ff.
 - Aushandlung 132 ff.
 - Foroutan, Naika 1, 131, 145
 - postmigrantischer Kontext 39, 139, 256, 303, 336
- postmigrantische Identitätskonflikte 3, 6, 45, 48, 59, 60, 61, 141, 152, 223, 342, 347, 349
- Qualifikation 10, 13, 23 ff., 41, 77, 287
- Rechtspluralismus
 - Ehrlich, Eugen 180, 182 f.
 - globaler Rechtspluralismus 181 f., 184, 186, 189
 - (moderner) Rechtspluralismus 180 ff.
 - personaler Rechtspluralismus 182
 - räumlicher Rechtspluralismus 181
- Rechtswahl 38, 56, 83, 117, 128, 187 f., 190

- Religion 98, 100, 103, 105 f., 108, 119,
 125 f., 127, 142, 155, 165, 188, 219,
 233 ff., 303, 336 f., 350
 Religionsgemeinschaft 8, 55, 95, 98, 110,
 117, 183, 188, 220, 296, 337, 340, 350 ff.
 Religionsverfassungsrecht 305
 Religionszugehörigkeit 53, 112, 129, 249,
 295 f., 331, 334 f.

 Sachrecht 74 ff., 171, 173, 176 ff., 221, 231,
 242, 252, 254, 294, 296 f., 302, 304 f.,
 321, 337, 340 ff., 352, 354
 Scharia 38, 49 f., 211, 270, 277
 Sprache 30, 36, 58, 83, 98, 100, 103, 105,
 108, 112, 118 ff., 125 ff., 142, 145, 149,
 155 f., 157, 164 f., 167, 219, 221, 243 f.,
 246, 253, 326, 328, 350 f.
 Staatsangehörigkeit 4, 14 ff., 26, 33, 35 f.,
 47, 55, 57, 72, 79 f., 83, 85 ff., 94, 104,
 106 ff., 112, 117, 119, 125, 128 f., 132,
 162 f., 166 ff., 174 f., 182, 186, 192,
 194 ff., 199, 201, 204 f., 207 ff., 210 f.,
 212, 216 f., 232 f., 236 ff., 241, 244, 246,
 249 ff., 253 f., 256, 260 f., 267, 270 f.,
 274 ff., 279 ff., 283, 287 f., 289, 291, 293,
 296 f., 299 f., 301 ff., 307 f., 309 ff., 318 f.,
 322 ff., 326 f., 330 f., 333 ff., 338 ff., 353

 Statutenlehre 67 ff., 294
 Süßmuth-Kommission 2, 131
 Syrisch/syrisches Recht 47, 55, 125, 167 f.,
 186, 211 f., 269 ff., 276 f., 311 f.

talaq-Scheidung 42, 51, 53, 227 ff., 254 f.,
 258 ff., 269 ff., 288 ff., 341, 344, 354
 technisches Recht 10 ff., 24, 27, 41, 61,
 350
 Tradition 50, 58, 98 ff., 103, 121, 125, 142,
 145, 146 f., 180, 194, 197, 219, 227, 306,
 326 ff., 335, 350
 Tunesien, siehe islamisch geprägte Rechts-
 ordnungen

 Verfassungspatriotismus 143 ff.
 Verweisungsebene 171, 176, 178 f., 195 f.,
 221, 277, 288, 293, 296, 301 f., 317, 334,
 337, 344, 352
 Verweisungsmethode 10, 166

 Wertewandel 1, 25

 Zwei-Stufen-Theorie 171, 177 ff., 221, 225,
 241 f., 254, 296 f., 302, 304 f., 321, 343,
 352, 354
 Zweigert, Konrad 13